

Visionen dringend gesucht! Was heißt Freiheit heute?

Visionen und Ergebnisse
des Inseminars auf Borkum
(8. bis 11. Juni 2017)





EINFÜHRUNG

Eine Insel mitten im Meer – das verheißt zunächst Freiheit. Doch auch eine Insel ist durch das sie umgebende Meer begrenzt.

Dieses Bild von Freiheit und ihren Grenzen hat uns, junge, engagierte Menschen aus Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, begleitet, als wir uns auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung auf der Insel Borkum zusammengefunden haben. Dort haben wir uns mit Freiheit, dem vielleicht ambivalentesten Grundwert der sozialen Demokratie, auseinandergesetzt.

Freiheit ist keine Selbstverständlichkeit. In vielen Teilen der Welt wird sie auf unterschiedlichste Weise eingeschränkt, und der Kampf für mehr Freiheit ist oft lebensgefährlich.

Auch in Europa werden wir tagtäglich vielfältig und in verschiedenem Maße mit Einschränkungen konfrontiert – ob dies nun uns selbst betrifft oder Menschen um uns herum. Gleichzeitig bedeutet die Abschottung Europas den Ausschluss anderer von elementaren Rechten und Freiheiten, die hier als selbstverständlich gehandelt werden.

Die Freiheit der Einzelnen hat ihre Grenzen in der Freiheit der Anderen. Innerhalb globaler kapitalistischer Strukturen wird die Freiheit zum Privileg und steht im Widerspruch zur Erkenntnis, dass alle Menschen gleichwertig sind.

Der unveränderliche Grundsatz „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren“ bildet die Basis für all unsere Überlegungen. Mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte haben die Vereinten Nationen das Fundament für eine Weltgemeinschaft der Freien und Gleichen geschaffen. Die Staatengemeinschaft hat sich z.B. mit dem Verbot von Diskriminierung und dem Recht auf soziale Sicherheit für eine Freiheit aller von existenzieller Not und von strukturellen Benachteiligungen verpflichtet. Sie garantieren z.B. mit der Gewissens- und Meinungsfreiheit und dem Recht auf Freizügigkeit wichtige Bedingungen für die freie und selbstbestimmte Entfaltung aller.

Wir stellen uns in die Tradition dieser universellen Freiheiten und setzen uns für die unbedingte Durchsetzung dieser Punkte ein. Eine Abwehr oder Nicht-Einhaltung ist eine Bedrohung der Freiheit aller und muss daher überwunden werden.



Um diese Freiheiten gemeinschaftlich leben zu können, kommt es auf emanzipierte Menschen an. Wir wollen uns gemeinsam befähigen, unsere Freiheiten zu erkennen, sie für alle zu vergrößern und zu nutzen. Dabei haben wir immer im Blick, welche Konsequenzen unser Handeln für andere hat. Freiheit ist für uns immer auch mit Verantwortung füreinander verbunden.

Klar ist für uns, Freiheit kann nur in Verbindung mit Solidarität und Gerechtigkeit verwirklicht werden. Ziel ist es, eine globale Gesellschaft von handlungsfähigen, kritisch reflektierten Menschen zu werden. Wir wollen die Freiheit für Alle vergrößern, um so als Gemeinschaft frei zu sein.



1. Kapitalismus – ein falscher Freund der Freiheit?

Globale kapitalistische Strukturen schränken die Freiheit der Vielen ein, während sie wenigen ein höheres Maß an Freiheit gewähren. Das Ungleichgewicht zwischen strukturstarken und strukturschwachen Regionen lässt Freiheit zu einem Privileg weniger Menschen werden. Auch innerhalb der Regionen gibt es durch die ungleiche Verteilung von Vermögen, sozialem Kapital, Bildung u.v.m. ein Ungleichgewicht der Freiheiten. Wir fordern an Stelle des Kapitalismus ein System, das an den zentralen Bedürfnissen der Menschen orientiert ist. Dieses basiert auf einer Marktwirtschaft, die durch ein hohes Maß an Arbeitnehmer*innenrechten, kollektivem Bewusstsein und dem Verantwortungsprinzip gekennzeichnet ist. Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung soll durch eine Orientierung an den Bedürfnissen und Fähigkeiten der Einzelnen Freiheit gewährleisten. Hierfür wird ein kollektives System der Grundsicherung benötigt, das positive Freiheiten ermöglicht, wie Zugang zu Bildung, Gesundheit, Kultur, politische Partizipation, Arbeit etc. Darüber hinaus fordern wir ein bedingungsloses Grundeinkommen, über welches jeder Mensch frei verfügen kann.

2. Freiheit braucht Nachhaltigkeit

Um auch künftigen Generationen Freiheit zu garantieren, ist Nachhaltigkeit ins Zentrum gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Handelns zu stellen. Anstelle kompetitiver Logiken sind ein verantwortungsvoller Umgang mit Ressourcen, eine sparsame Verwendung von Bodenschätzen, die Nutzung von technologischem Fortschritt (z.B. erneuerbare Energien) sowie die kooperative und effiziente Nutzung von Gütern zu verfolgen. Dabei sollen Versorgungsgüter wie beispielsweise Trinkwasser, ökologische Nahrung, saubere Energie, Wohnraum und Internet allen Menschen frei zugänglich sein und besonders geschützt werden.



3. Handel global – aber fair

Die Garantie der Menschenrechte soll im Fokus auch des internationalen politischen Handelns stehen. Zur Durchsetzung der UN-Charta der Menschenrechte bedarf es einer elementaren Stärkung der Vereinten Nationen und von Nichtregierungsorganisationen. Für die Verwirklichung globaler Freiheit ist eine internationale Kooperation auf Augenhöhe unerlässlich. Frei sein kann nur, wer nicht in globalen Ausbeutungsmechanismen gefangen ist. Unfaire Handelsabkommen begrenzen Freiheit, da sie Handlungsspielräume der schwächeren Vertragspartner*innen empfindlich einschränken. Bei der Verhandlung dieser Abkommen müssen die Informationen für die Öffentlichkeit transparent gemacht werden, um Korruption global zu verhindern und Kontrolle der Verhandlungen zu ermöglichen. Weltweit dürfen Handel und Profit niemals vor den Menschenrechten stehen, letztere müssen oberste Priorität haben. Insbesondere die EU muss auf die Einhaltung der Menschenrechte hinwirken und bei Verletzungen u.a. Abstand vom Handel mit entsprechenden Staaten nehmen.

.....

4. Freiheit will Grenzen überwinden

Die Zusammenarbeit von Staaten und Organisationen im Geiste des Internationalismus ist wichtig, weshalb wir die Stärkung gerechter internationaler Zusammenarbeit fordern. Dabei sehen wir insbesondere Friedenssicherung und nachhaltigen (Wieder-)Aufbau, internationale Mindeststandards und Demokratieförderung als wichtige Punkte an. Diese sind für die Realisierung von Freiheit unabdingbar. Um dem sinnlosen Sterben an Grenzen ein Ende zu bereiten, fordern wir, dass die Grundlagen für eine zukünftige Öffnung der Grenzen für alle Menschen geschaffen werden. Dadurch wird auch weltweite Integration und Völkerverständigung gefördert.

In der EU sollte der Weg hin zu einer Republik in Form eines Europas der Regionen beschritten werden. Es gibt viele Aufgaben, die nur zentral gerecht, effektiv und nachhaltig bewältigt werden können. Auch aus diesem Grund müssen sich die UN weltweit



perspektivisch zu einer globalen Föderation weiterentwickeln.

.....

5. Free Education – freie Bildung!

Bildung als Zugang zur Freiheit muss im Bildungssystem allen Beteiligten stets bewusst gemacht werden. Um größtmögliche Chancengleichheit im Bildungswesen zu erreichen, müssen das bisherige Schulsystem durch inklusive integrierte Gesamtschulen ersetzt und Privatschulen und Privathochschulen langfristig abgeschafft werden. Allerdings muss eine Vielfalt an Lehransätzen erhalten bleiben. Zudem fordern wir umfangreiche Anstrengungen, um strukturellen Ungleichheiten unter Berücksichtigung regionaler Besonderheiten entgegenzuwirken. Die Vergleichbarkeit und Anerkennung von national und international erworbenen Abschlüssen und die Sicherstellung ggfs. erforderlicher individueller Nachqualifizierungen müssen Ziele sein. Wir fordern das Recht eines jeden auf einen freien und lebenslangen Zugang zu (Weiter-)Bildung, Lehrmittelfreiheit und Erstattung aller sonstigen relevanten Kosten wie die der Wegkosten. Grundlegend ist die Überzeugung, dass jeder Mensch lernen will und nicht gezwungen, sondern ermutigt werden soll. Unterricht soll deshalb nach dem individuellen Lernbedürfnis des Kindes relativ frei wählbar sein – neben den „klassischen“ Fächern sollen ein breit gefächertes, gleichwertiges, praktisches und berufsorientiertes Fächerangebot sowie pluralistische Zugänge zu Abschlüssen eingerichtet werden. Zur Selbstständigkeit und kritischem Denken soll ermutigt werden.

.....

6. Schutz vor Gewalt als Basis für Freiheit

Jeder Mensch hat das Recht darauf, in Sicherheit zu leben. Schutz von Körper und Geist ist eine Grundvoraussetzung für Freiheit. Aus diesem Grund muss die Gesellschaft Sicherheit gegen jede private sowie strukturelle und willkürliche staatliche Gewalt garantieren. Dafür sind eine handlungsfähige Regierung und Verwaltung einerseits, aber auch eine strikte Gewaltenteilung und garantierter Zugang zu Rechtsschutz andererseits wichtig.



Um Sicherheit auch international zu fördern, fordern wir bestehende kollektive Sicherungssysteme unter dem Dach der UN zu reformieren und zu stärken. Diese sollen sich neben Sicherheitsproblemen in den einzelnen Nationen für Minderheiten- und Presseschutz weltweit einsetzen. Dies gilt insbesondere für geflüchtete Menschen, deren Wohlergehen und individuelle Freiheit in Kooperation mit Flüchtlingshilfen garantiert werden muss.

7. [REDACTED] mit [REDACTED]

Das digitale Zeitalter kann sowohl Chance als auch Gefahr für Freiheit sein. Instrumente, die in der Demokratie vielen Menschen auf den ersten Blick ungefährlich erscheinen, können in autoritären Systemen größte Verheerungen anrichten. Aus diesem Grund lehnen wir vor allem anlasslose Massenüberwachung sowie anlasslose Vorratsdatenspeicherung generell ab. Wir fordern, das Recht auf informationelle Selbstbestimmung global zu stärken. Die Bürger*innen sollen bestimmen können, durch wen und warum auf ihre Daten zugegriffen wird. Ausgenommen hiervon sind Strafermittlungen und Vorverfahren, bei denen Verdunklungsgefahr besteht. Hierbei müssen Betroffene im Nachhinein informiert werden. Ein Recht auf Vergessen und Datensouveränität ist zu etablieren. Das Briefgeheimnis muss auch digital gelten und ein Recht auf Verschlüsselung aller Kommunikation gewährleistet werden.

8. Körperliche Selbstbestimmung

Wir fordern ein stärkeres Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper. Dies schließt für uns grundsätzlich die Entscheidung über Leben und Tod ein. Ein absolutes Verbot der Sterbehilfe lehnen wir ab. Hierzu gehört das Recht, die Freiheit über die Entscheidung zu haben, das eigene Leben durch ärztliche Hilfe und Betreuung zu beenden. Voraussetzung für diese Entscheidung muss eine eingehende umfassende psychotherapeutische Beratung sein.

Bei gesetzlichen Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch soll das grundsätzliche Selbstbestimmungsrecht der Frau* primärer



Ausgangspunkt sein. Bei der komplexen Abwägung zwischen Schwangerschaftsabbruch und dem Recht auf Leben des ungeborenen Kindes muss die Frau* die Entscheidungsträgerin sein.

In beiden Fällen soll eine freie Gewissensentscheidung, unabhängig von Faktoren wie Geld, Zeit, Zugang zu Kliniken oder Einfluss des Umfelds etc. ermöglicht werden.

.....

9. Freiheit in den Lebensentwürfen

Wir fordern die Akzeptanz aller Lebensentwürfe als gleichwertig. Dazu gehört, dass Einzelne nicht durch religiös begründete Gesetze von Seiten des Staates in der persönlichen Freiheit eingeschränkt wird. Alle sollten frei sein, ihr Leben nach der eigenen Weltanschauung und religiösen Überzeugungen gestalten zu können. Der Staat sollte allen die dafür erforderlichen Ressourcen in gleichem Maße nach Bedarf garantieren. Wir fordern ein Ende von Diskriminierung und den Schutz von Minderheiten besonders durch den Staat und in stärkerer Form als bisher.

Borkum, den 11. Juni 2017

Im Konsens verabschiedet von den Teilnehmenden des Seminars „Visionen dringend gesucht! Was heißt Freiheit heute?“ (8. bis 11. Juni 2017)